

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Togo - 1997

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (1998) : Togo - 1997, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1997: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 171-176

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301689>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Author's version of : "Togo", in: Hofmeier, Rolf (ed.): *Afrika-Jahrbuch – 1997*.
 Institut für Afrika-Kunde, Hamburg / Leske u. Budrich, Opladen, 1998: 171 – 176

Togo - 1997

Fläche: 56 785 km², **Einwohner:** 4,2 Mio., **Hauptstadt:** Lomé, **Amtssprache:** Französisch, **Lebenserwartung:** 50 Jahre, **Alphabetisierungsrate:** 50%, **Wechselkurs:** \$ 1 = 598,81 F CFA, **HDI** 0,409, **Rang** 11, **Pro-Kopf-Einkommen:** 300 \$, **BSP:** 1,280 Mrd. \$, **Anteil am BIP:** 35%, 23%, 42%, **Hauptexportprodukte:** Phosphat 49%, Baumwolle 44%, Kaffee 5%; **Staatschef:** General Gnassingbé Eyadéma, **Ministerpräsident:** Kwassi Klutse, **Regierungskoalition:** Rassemblement du Peuple Togolais (RPT, ehemalige Einheitspartei) und Coordination des Forces Nouvelles (CFN); **Oppositionsparteien:** Comité d'Action pour le Renouveau (CAR), Union des Forces du Changement (UFC), Convention des Peuples Africaines (CDPA), Parti pour la Démocratie et le Renouveau (PDR), Parti Socialiste Panafricain (PSP).

Unter dem Druck der internationalen Gebergemeinschaft sowie der Opposition inner- und außerhalb Togos schritt der formale Demokratisierungsprozeß fort. Die Regierungspartei (RPT) nutzte ihre im vergangenen Jahr mit zweifelhaften Mitteln errungene absolute parlamentarische Mehrheit (44 von 81 Parlamentssitzen), um die jahrelang von ihr hinausgezögerte Einrichtung verschiedener von der Verfassung geforderter Institutionen eines Rechtsstaates in ihrem Sinne zu vollenden. Die Mehrheit der westlichen Geber zweifelten die Legitimität des Eyadéma-Regimes und dessen Willen zur demokratischen Erneuerung weiterhin an. Frankreich, die Weltbank und der IWF gaben sich betont optimistisch in ihrer Einschätzung der Überwindung der togoischen Wirtschaftskrise.

Innenpolitik

Unter dem Druck der internationalen Gebergemeinschaft sowie der Opposition inner- und außerhalb Togos schritt der formale Demokratisierungsprozeß fort. Die Regierungspartei (RPT) nutzte ihre im vergangenen Jahr mit zweifelhaften Mitteln errungene absolute parlamentarische Mehrheit (44 von 81 Parlamentssitzen), um die jahrelang von ihr hinausgezögerte Einrichtung verschiedener von der Verfassung geforderter Institutionen eines Rechtsstaates in ihrem Sinne zu vollenden. Am 22.2 kam es zur feierlichen Inauguration eines **Verfassungsgerichtes**. Das von der RPT-Mehrheit am 31.12.96 im Parlament gegen den Willen der Opposition durchgesetzte Gesetz zur Einrichtung des Verfassungsgerichtes wies einige "Anomalitäten" auf (u.a. hinsichtlich Funktion des Verfassungsgerichtes als oberste Entscheidungsinstanz bezüglich der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen), die - ebenso wie die Auswahl der sieben aktuellen Richter - die Unabhängigkeit dieses Gerichtes ernsthaft in Zweifel stellten. Die Mitglieder des Verfassungsgerichtes werden auf sieben Jahre gewählt und sind nicht wiederwählbar. Die "*mouvance présidentielle*" hatte mit mindestens fünf der sieben Richter die absolute

Mehrheit, zumal der Präsident des Gerichtes ebenfalls der RPT Eyadémas nahestand. Es war somit zu befürchten, daß sich die aus der Vergangenheit bekannte parteiliche Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs (*Cour Suprême*) im Verfassungsgericht fortsetzt. Eyadéma kündigte während seiner Inaugurationsrede an, daß er die ihm durch die Nationalkonferenz von 1991 oktroyierte Verfassung von 1992 revidieren möchte. Es sprach einiges dafür, daß Eyadéma und die übrigen "Barone" der RPT nun mit der Mehrheit der ihnen verpflichteten Verfassungsrichter die autokratischen Machtverhältnisse der 1970er und 1980er Jahre durch die von ihnen geforderte Revision der Verfassung wieder herstellen würden.

Im August wurde der **Oberste Richterrat** installiert (das einschlägige Gesetz war bereits am 24.12.96 vom Parlament einstimmig verabschiedet worden). Die von der Verfassung vorgesehene oberste **Medienaufsichtsbehörde** (HAAC) wurde am 13.11. eingesetzt; das einschlägige Gesetz war am 13.7.96 gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet worden. Ende Dezember kam es zur Vereidigung der **Nationalen Wahlkommission** (CEN) auf der Grundlage eines Gesetzes, das am 9.9. verabschiedet wurde, trotz Abstimmungsboykotts der parlamentarischen Opposition, und ohne die Bedenken der größten (außerparlamentarischen) Oppositionspartei (der UFC, Gilchrist Olympios) zu beachten. Die **Nationale Menschenrechtskommission** (*Commission Nationale des Droits de l'homme*, CNDH) wurde auf der Grundlage eines am 13.11.96 verabschiedeten Gesetzes grundlegend umstrukturiert und neu besetzt. Die CNDH war 1987 gegründet worden; sie hatte sich unter ihren Präsidenten Koffigoh und Dovi, insbesondere nach der Nationalkonferenz von 1991, zu einem effektiven Anwalt der Einhaltung der Menschenrechte entwickelt und notwendigerweise eine immer regimekritischere Haltung eingenommen.

Die Regierung ließ in der Folgezeit daher nichts unversucht, um diese Organisation kaltzustellen; ihr wurde ein Menschenrechtsministerium beigeordnet, Kommissionsmitglieder wurden bedroht und verfolgt oder durch Gefolgsleute Eyadémas ersetzt. Mit der Flucht ihres letzten unabhängigen Präsidenten (Dovi) ins politische Exil verlor die CNDH ihre Funktionsfähigkeit. Die mit der Umstrukturierung erfolgte Ernennung des Kabinettsdirektors des Justiz- und Menschenrechtsministeriums zum Präsidenten war allerdings nicht dazu geeignet, das Vertrauen in die Unabhängigkeit dieser Institution wieder herzustellen, da diese Entscheidung deutlich machte, daß die Exekutive eine unabhängige Kontrolle nicht akzeptierte. Insgesamt blieb das Justizwesen eingebunden in das Patronagenetz Eyadémas; in Konfliktfällen gehorchten Richter und Staatsanwälte - oft schon in vorausseilendem Gehorsam - dem Willen des Staatspräsidenten und seiner Entourage, zudem herrschte auf allen Niveaus chronische Personal- und Mittelknappheit; insgesamt konnte die Judikative einen effektiven rechtlichen Schutz der Bürger nicht garantieren.

Die große Diskrepanz zwischen verbrieftem Recht und Rechtswirklichkeit war weiterhin kennzeichnend für die mangelnde Rechtsstaatlichkeit des Eyadéma-Regimes im

Allgemeinen und für die angespannte **Menschenrechtslage** im Besonderen. Die Regierung unterließ es trotz internationaler Kritik, die Verantwortlichen für die schweren Menschenrechtsverletzungen vergangener Jahre zur Verantwortung zu ziehen; die staatlichen Sicherheitskräfte konnten fortfahren, Regimegegner zu verfolgen, ohne rechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Im ersten Halbjahr verdichteten sich die Hinweise für ein **Wiederaufleben extra-legaler Hinrichtungen** von Oppositionellen durch Angehörige der togoischen Sicherheitskräfte; einige Beispiele sollen das verdeutlichen: ein nach fünf Jahren Exil in Ghana zurückgekehrter angeblich wegen „Verrats“ 1991 aus der Armee entlassener Soldat wurde am 6.2. auf der Straße nach Kpalime in einen Hinterhalt gelockt und zusammen mit einem Begleiter ermordet. Am 19.2. erschoss ein Sicherheitsbeamter in Lomé einen Motorradfahrer der angeblich nicht bei einer Sicherheitskontrolle angehalten hatte. Im Juni hielten Soldaten der FAT in Assahoun einen aus Ghana kommenden Wagen an, seine fünf Insassen fand man kurze Zeit später ermordet auf. Zwei weitere Oppositionelle starben kurz nach ihrer Inhaftierung im Grenzdorf Akato (15.6.) unter ungeklärten Umständen im Gefängnis. Am 29.6. töteten Sicherheitskräfte zwei Togoer nahe der ghanaischen Grenze, vermutlich als Vergeltungsmaßnahme für Überfälle der bewaffneten togoischen Opposition im ghanaischen Exil auf den Grenzposten von Sanguera ca.20 km nördlich von Lomé. Im August veröffentlichte die Zeitung *Le Combat du Peuple* Unterlagen über einen Plan einer angeblich staatlich sanktionierten Geheimorganisation „*Organisation pour la Conscience civique (O2C)*“ zur Ermordung von bekannten Oppositionellen im Exil. In der Nacht vom 17.9. wurde ein kurz zuvor aus dem Beniner Exil zurückgekehrter, 1993 aus der Armee wegen ethnischer Verfolgung desertierter Unteroffizier und Panzerschütze der Schnellen Eingreiftruppe (FIR) auf seiner Farm in Batonou erschossen; angeblich waren er und seine Familie bereits im Exil wiederholt bedroht worden und hatten deshalb mehrfach den Wohnort gewechselt. Am 24.12. wurden zwei lokale Parteisekretäre der CDPA in der Nähe von Kara, der Hochburg der RPT Eyadémas, überfallen; einer von ihnen starb auf der Stelle, der andere wurde schwerverletzt ins Krankenhaus von Kara gebracht; angeblich seien beide seit Monaten bedroht und vergeblich genötigt worden, zur RPT überzulaufen.

Daneben setzten Anhänger des Eyadéma-Regimes innerhalb und außerhalb staatlicher Strukturen ihre Strategie politischer Repression durch Einschüchterung und Bedrohung Oppositioneller, kurzzeitige Festnahmen ohne Anklage, körperliche Mißhandlung Festgenommener, willkürliche Versetzung oder Entlassung von Staatsbediensteten etc. fort. Dabei waren die Grenzen zwischen klar erkennbarer politischer Verfolgung und kriminellen Aktivitäten von Mitgliedern der Sicherheitskräfte auf eigene Rechnung fließend; letztere galten als hauptverantwortlich für die signifikante Zunahme von Raub und Mord seit 1995 (verstärkt in der ersten Jahreshälfte 1997), zu deren Opfern auffällig oft Oppositionelle zählten, vermutlich, weil die Täter in diesen Fällen am wenigsten mit einer Strafverfolgung zu rechnen hatten. Öffentliche Aufmerksamkeit erregten blutige Auseinandersetzungen nach dem Tode des hochrangigen Oppositionspolitikers, ehemaligen Wirtschaftsministers und togoischen Gouverneurs bei der BAD und der Weltbank, Boukari Djobo, am 15.11. in Sokodé, bei denen mindestens sieben Personen ums Leben kamen. Die aufgebrachte

Bevölkerung nahm an, daß Boukari verhext bzw. vergiftet worden sei, und erschlug zwei seiner dafür verantwortlich gemachten Verwandten; bei den zwei Tage später folgenden gewalttätigen Auseinandersetzungen griffen die Sicherheitskräfte hart durch und erschossen mehrere Personen; es kam zu einer Verhaftungswelle; die Polizei nutzte die Gelegenheit, um Bouzoura Gandhi, den Gründer einer im Raum Sokodé aktiven regimekritischen Gruppierung, *Association Togolaise pour la Lutte contre la Manipulation des Consciences (ATLMC)*, zu verhaften. Gandhi war seit 1991 mehrfach die Zielscheibe von Attentaten seitens Angehöriger der lokalen Sicherheitskräfte gewesen; dieses Mal hatte er versucht, zwischen aufgebrachtten Jugendlichen und der Polizei zu vermitteln; bis zum Jahresende wurde der Inhaftierte weder angeklagt noch freigelassen. Am 23.12. verhafteten Sicherheitskräfte den Generalsekretär der größten (außerparlamentarischen) Oppositionspartei (UFC), Jean-Pierre Fabré, unter dem Vorwand der Diffamierung des Militärs, weil er heimlich in Leichenhallen von Hospitälern in und um Lomé Fotos von Leichen vermutlich durch die Sicherheitskräfte umgebrachter Personen habe machen lassen, die von G. Olympio, dem Führer der UFC, später auf einer Pressekonferenz in London als Beweis der Menschenrechtsverletzungen in Togo gezeigt werden sollten; zwei Tage später wurde Fabré mangels Beweisen wieder freigelassen.

Die Arbeit der meisten NROs, die sich mit der Verbesserung der Menschenrechtssituation beschäftigten, wurde erschwert. Kirchliche nationale und internationale NGOs, wie die OCDI (*Organisation de la Charité pour un développement Intégral*) oder die ACAT-Togo (*Action des chrétiens pour l'abolition de la torture*), die am 10.12. den Menschenrechtspreis der französischen Republik erhielt, genießen auch im islamischen Norden ein hohes Ansehen bei der Bevölkerung (soweit sie dort bekannt sind). Gleiches gilt für die LTDH (*Ligue Togolaise des Droits de l'Homme*) und die GF2D (*Groupe de Réflexion et d'Action Femmes, Démocratie et Développement*). Bei ACAT und LTDH wurde im Herbst 1997 die Führung ausgetauscht, und es ist zumindest bei der LTDH nicht mehr sicher, ob sie zukünftig tatsächlich unabhängig vom Eyadéma-Regime agieren kann.

Oppositionelle Zeitungen waren unter diesen Umständen die effektivste außerparlamentarische gesellschaftspolitische Kontrollinstanz. Die Freiheit der Meinungsäußerung und der **Presse** war nur in eingeschränktem Maße gewährleistet. Regimekritische Journalisten standen ständig unter dem Damoklesschwert einer großen Bandbreite staatlicher oder staatlicherseits geduldeten formeller und informeller juristischer, politischer und wirtschaftlicher Sanktionen. Am 4.2. und 5.2 kam es zu Verhaftungen der Herausgeber der unabhängigen Wochenzeitungen *Le Regard* und *Tingo Tingo*, M. Saibou und A. Assiogo, wegen Beleidigung von Regierungsmitgliedern; die Herausgeber der Zeitungen *Nouveau Journal* und *Crocodile* traf im Dezember das gleiche Schicksal. Im Februar wurde die Zeitung *Forum Hebdo* (ab Mai umbenannt in *Le Nouvel Echo*) für sechs Monate verboten und ihr ins politische Exil geflüchteter Chefredakteur mit einer Geld- und Haftstrafe belegt. Nachdem sich der Herausgeber des *Le Combat du Peuple*, Lucien Messan, seit Januar wiederholten Verhören und Verhaftungen ausgesetzt sah, flüchtete er ins politische Exil, als er Ende April erneut zur Fahndung ausgeschrieben wurde. Seit 1996 nahm auch der politisch motivierte ökonomische Druck auf die freie Presse zu, indem man

beispielsweise Anzeigenkunden und Zeitungsverteiler nötigte, ihre Bindungen an regimekritische Medien zu lösen. Unter diesen Umständen schrumpfte die Zahl der freien Presseorgane innerhalb eines Jahres bis Mitte 1997 von 12 auf vier Zeitungen.

Bereits im Blick auf die geplanten Präsidentschaftswahlen im Juni 1998 schlossen sich drei der bedeutendsten Oppositionsparteien, die UFC Gilchrist Olympios, die CAR unter Führung Yaovi Agboyibos und die PDR unter Zarifou Ayeva am 24.6. zu einem **Oppositionsbündnis** zusammen; die UTD des im Vorjahr angesichts der Wahlniederlage bei den Parlaments-Nachwahlen zurückgetretenen Ministerpräsidenten Edem Kodjo war bewußt nicht einbezogen worden; letzterem wurde opportunistische Machtbesessenheit vorgeworfen, die in der Vergangenheit maßgeblich zur Spaltung der Opposition beigetragen habe. Das von der CAR im Parlament angeführte Bündnis verlangte Mitte August anlässlich der anstehenden Revision des Wahlgesetzes die parlamentarische Diskussion eines vertraulichen, der Regierung vorliegenden EU-Evaluierungsberichtes, in dem die EU im Hinblick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen weitgehende Forderungen zur Gewährleistung freier und fairer Wahlen aufstellte. Die regierende RPT lehnte jedoch dieses Ansinnen mit dem Hinweis ab, die Opposition wolle nur die kritische EU-Stellungnahme für ihre eigenen politischen Ziele ausnutzen.

Die Mehrheit der **traditionellen Chefs** paßten sich opportunistisch den neuen Machtverhältnissen im Parlament an. Die Mobilisierung traditioneller Chefs zur Unterstützung der im Frühjahr erneuerten Forderung Eyadémas nach einer Revision der Verfassung von 1992, die wesentliche Vorrechte des Staatspräsidenten aus den Zeiten der Einheitspartei beschnitt, war dafür ein aktuelles Beispiel. Auch eine Organisation von ca. 600 togoischen Fetischpriestern, die sich noch 1991 öffentlich gegen den Staatsterror gestellt und Eyadéma mit einem Fluch belegt hatte, arrangierte sich opportunistisch mit der faktischen Macht im Staate; sie bekannte im Dezember reumütig auf einer inszenierten Pressekonferenz vor dem Diplomatischen Corps in Lomé, sie habe sich geirrt und bat den Staatspräsidenten um Verzeihung. Gleiches galt für den berufsständischen Verbund der Marktfrauen von Lomé, die - bekannt unter dem Namen **Nana Benz** (d.h. Eigentümerinnen von Mercedes Limousinen und Lastwagen) - den Handel mit Textilien, Nahrungsmitteln und Artikeln des Grundbedarfs im südlichen Togo beherrschen; einzelne von ihnen kamen zu beträchtlichem Reichtum und sozialem Status. Sie waren 1991 und 1992 eine treibende Kraft der Massenproteste gegen das Eyadéma-Regime gewesen; nach dessen Rekonsolidierung sahen sie sich aus opportunistischen Gründen genötigt, Eyadéma unter Beteuerung ihrer Gefolgschaftstreue um Verzeihung zu bitten.

Die Ethnisierung der Armee, der Sicherheitsdienste und die Militarisierung von Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft schwächte sich trotz unverhohlener Kritik der Geber keineswegs ab. Am 16.4. ordnete Eyadéma eine Umbesetzung leitender Posten in der Luftwaffe, Marine und Gendarmerie an, die die ethnische Loyalität der Truppe gegenüber dem Staatschef absichern sollte; Innen- und Sicherheitsminister, Colonel Seyi

Mémène, wurde außerdem zum Brigadier befördert, ebenso wie der Präsident des nationalen Olympischen Komitees.

Der größte Teil der 1993 ins benachbarte Ausland (Benin und Ghana) geflüchteten Togoer war inzwischen in die Heimat zurückgekehrt. In Benin lebten nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) Ende des Jahres noch 1.653 vom Hilfswerk betreute **togoische Flüchtlinge**, überwiegend Politiker, Gewerkschaftler und über 100 Soldaten; etwa 3.000 weitere Flüchtlinge lebten ohne VN-Unterstützung in Benin. Im Oktober verwies ein Vertreter der Beniner Regierung auf konkrete Hinweise dafür, daß Agenten togoischer Geheimdienste in Benin Oppositionelle verfolgten. Da sich die Beniner Regierung außerstande sah, die am meisten gefährdeten Flüchtlinge zu schützen, vereinbarte sie mit dem UNHCR die Ausreise von 12 togoischen Regimegegnern und deren Angehörigen in die USA. Auch in Ghana gab es konkrete Anhaltspunkte für eine organisierte Verfolgung von Flüchtlingen durch togoische Sicherheitsdienste. Ghana galt nicht mehr als sicheres Asylland. Dies um so mehr, als die ghanaische Regierung ihrerseits am 30.12. neun togoische Flüchtlinge auf der Grundlage eines am 10.12.94 zwischen Benin, Ghana, Nigeria und Togo unterzeichneten Auslieferungsabkommens zur grenzüberschreitenden Verbrechensbekämpfung wegen angeblicher Beteiligung an Angriffen auf togoische Grenzposten an Lomé auslieferte.

Außenpolitik

Die ostentative Abwesenheit der diplomatischen Vertreter der wichtigsten außenpolitischen Partner Togos (abgesehen von Frankreich) auf den Feiern zum 30. Jahrestag des Militärputsches Eyadéma am 13.1. machte deutlich, daß die Mehrheit der westlichen Geber die Legitimität des Regimes und dessen Willen zur demokratischen Erneuerung weiterhin anzweifelt. Frankreich war zwar durch den ehemaligen Kooperationsminister Bernard Debré vertreten, der französische Präsident Chirac war indes der Einladung nicht gefolgt; das schmerzte Eyadéma umso mehr, als ihm die merklich abgekühlten Beziehungen zu Frankreich zeigten, daß seinem Wunsch, zum Nachfolger des verstorbenen ivoirischen Staatspräsidenten Houphouët-Boigny als Doyen der Frankophonie ernannt zu werden, nicht entsprochen werden würde. Am 9.1. dementierte das togoische Außenministerium energisch die von einem Vertreter des zairischen Verteidigungsministers informell bestätigten Anschuldigungen der Rebellen um Kabila, daß Togo die Truppen Mobutus mit Materiallieferungen und Söldnern unterstütze. Der gegenseitige Beistand der beiden befreundeten Despoten auch mittels Militärhilfe entsprach allerdings langjähriger Tradition. Togoische Soldaten hatten Seite an Seite mit zairischen und marokkanischen Truppen Mobutu bereits 1977 geholfen, die Rebellion der „Shaba-Gendarmen“ niederzuschlagen, und Mobutu entsandte 1986 zairische Soldaten, um nach einem mißlungenen Putschversuch in Lomé das Eyadéma-Regime zu re-stabilisieren. Der togoische Staatschef versuchte weiterhin, sich durch aktive Unterstützung der französischen Pläne für eine frankophone

panafrikanische Friedenssicherungstruppe internationale Anerkennung zu schaffen. Am 6.2. beantragte er ein Sondergipfeltreffen der OAU um einem drohenden Staatszerfall im Zaïre vorzubeugen; das Treffen fand am 17.3. in Lomé unter Teilnahme von 15 Staatschefs, des UN-Generalsekretärs Kofi Annan sowie Vertretern der beiden Bürgerkriegsparteien statt. Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac hob das Engagement Eyadémas lobend hervor; Paris soll nach Meldungen von *Jeune Afrique* mit der Übernahme von knapp einem Drittel der Kosten dieses 1 Mrd. F CFA teuren Gipfels zur Rettung des Mobutu-Regimes maßgeblich zu dessen Realisierung beigetragen haben. Nach dem Sieg der Rebellen Kabilas und deren Einmarsch im Kinshasa flüchtete der schwerkranke Mobutu am 18.5. zunächst nach Lomé, bevor er sich am 23.5. ins Exil nach Marokko begab. Am 7.2. entsandte Togo 75 Soldaten in die Zentralafrikanische Republik zwecks Unterstützung der internationalen Truppe zur Überwachung des Friedensabkommens von Bangui (MISAB). Auf einem Gipfeltreffen der frankophonen westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (UEMOA) am 23.6. in Lomé beschlossen die acht anwesenden Staatschefs, die Unterstützung einer von der OAU und der UN sanktionierten multinationalen Friedensstreitmacht in Kongo (Brazzaville). Außerdem faßten sie mehrere Beschlüsse (z. B. Abbau der Außenzölle, s. Feature-Artikel zur Anbindung des F CFA an den Euro) zur Intensivierung der regionalen Integration innerhalb der CFA-Zone. Nicht zuletzt, um dem militärischen Einfluß Frankreichs in Afrika im Allgemeinen und in Togo im Besonderen zu begegnen, verkündete der neue US-amerikanische Botschafter in Lomé, Johnny Young, im Juli den Beginn einer neuen Art von Zusammenarbeit, nämlich die Entsendung von amerikanischen Militärexperten zur Fortbildung von 50 togoischen Offizieren in multinationalen Einsätzen zur Konfliktschlichtung.

Anfang Oktober beschloß die Islamische Konferenz (OIC) auf dem Jahrestreffen der Außenminister der Mitgliedsstaaten in New York, Togo auf eigenen Antrag als 55. Mitglied aufzunehmen. Obwohl sich nach Angaben der togoischen Islamischen Union nur etwa 10% der Togoer zum Islam bekennen, hatte die togoische Regierung den Antrag gestellt, weil sie sich davon verbesserten Zugang zu islamischen Finanzierungsinstitutionen, wie der Islamischen Entwicklungsbank, erhoffte; außerdem galt dieser Schritt als taktische Antwort Eyadémas auf die kritische Haltung der beiden christlichen Kirchen gegenüber seinem Regime seit der Nationalkonferenz von 1991.

Das Europäische Parlament in Straßburg machte in einer Entscheidung vom 20.11. die vollständige Wiederaufnahme der **EU-Entwicklungshilfe** von einer „wirklich transparenten und gerechten“ Organisation der kommenden Präsidentschaftswahlen (im Juni 1998) abhängig. In ihrer Resolution forderten die Parlamentarier außerdem mehrheitlich die togoische Regierung auf, einen Konsens der verschiedenen politischen Parteien über die juristischen und technischen Modalitäten der Wahlen zu suchen, allen Parteien gleichen Zugang zu den Medien zu gewähren und unabhängige Methoden zur Überprüfung von Wahlbeschwerden festzulegen. Im Namen einer parlamentarischen Gruppe der „Unabhängigen für ein Europa der Nationen“ (I-EDN) beschwerte sich ein französischer

Parlamentarier über die „falsche Hast“, mit der diese Resolution verabschiedet wurde und meinte, daß die einzige Bedrohung freier Wahlen in Togo von externen Destabilisierungsversuchen ausgehe. Knapp einen Monat zuvor, am 30.10., hatte sich bereits die paritätische Versammlung der AKP-EU-Staaten, die vom 27.-30.10. in Lomé tagte, eine ähnliche Abstimmungsvorlage in geheimer Abstimmung zurückgewiesen; während die europäischen Vertreter sich mehrheitlich für die Resolution aussprachen, waren nur 9 Stimmen aus dem AKP-Lager dafür und 27 dagegen.

Anders als die EU, die USA oder Deutschland gaben sich die **Bretton-Woods-Institutionen** mit den formalen Fortschritten des Demokratisierungsprozesses zufrieden und **konterkarierten** damit die reservierte Haltung der EU in Bezug auf die politische Konditionierung der Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit. Der IWF gab am 1.7. die Freigabe der dritten jährlichen Tranche eines Kredits unter dem erweiterten Strukturanpassungsabkommen (ESAF) in Höhe von etwa \$ 30 Mio. bekannt, von der die erste Hälfte sofort zur Verfügung gestellt wurde; die Afrikanische Entwicklungsbank hatte bereits am 5.6. eine \$ 15,3 Mio. Anleihe für Togos drittes Strukturanpassungsprogramm genehmigt. Die Weltbank bewilligte im September einen \$ 50 Mio. Straßenbaukredit zum Ausbau der 675 km langen Süd-Nord-Achse, die den Hafen von Lomé mit Burkina Faso und Niger verbindet, und somit mit dem benachbarten Transitland Benin, bzw. dem Importhafen von Cotonou in Konkurrenz steht. Im November bewilligte der OPEG-Fonds für internationale Entwicklung zusätzliche \$ 6 Mio. zur Finanzierung dieses Infrastrukturprojektes.

Sozio-ökonomische Entwicklung

Die Bank von Frankreich in ihrem Wirtschaftsbericht über die CFA-Zone, ebenso wie die Weltbank und der IWF gaben sich Mitte Mai, anlässlich eines Besuchs des Vizepräsidenten der Weltbank für Afrika, Jean-Louis Sarbib, in Lomé, betont optimistisch in ihrer Einschätzung der Überwindung der togoischen Wirtschaftskrise. Mit Wachstumsraten des BIP von 7% (1995) und 6% (1996) bei sinkender Inflationsrate (von 15,9% 1995 auf 4,6% 1996) seien alle Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung von der 1991-93er Krise gegeben. Gemäß dem Bericht der französischen Zentralbank trug insbesondere der um 10,8% gesteigerte private Konsum, stimuliert durch die Zahlung rückständiger Gehälter des öffentlichen Dienstes, zu den hohen Wachstumsraten bei. Die Weltbank bemängelte, daß sich der Aufschwung noch nicht in einer entsprechenden Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung niedergeschlagen habe. Der IWF forderte außerdem verstärkte Anstrengungen bei der Konsolidierung des öffentlichen Haushalts insbesondere bei der geplanten Steuerreform und den anstehenden Privatisierungen. Die Regierungspläne zum Verkauf von 40% des Kapitals des staatlichen Phosphatkonzerns (OTP), dem wichtigsten Devisenbringer des Staates, wurde Ende November um zwei Monate auf den 31.1.98 verschoben. Ende des Jahres hatte die Regierung 11 der insgesamt 25 zur Privatisierung

anstehenden parastaatlichen Unternehmen privatisiert. Der am 30.12. im Parlament beschlossene Haushalt für 1998 sah u. a. Steigerungen bei den Sozialausgaben vor; insgesamt waren F CFA 153,1 Mrd. Ausgaben und 140,9 Mrd. Einnahmen geplant; das Haushaltsdefizit sollte nach Angaben von Finanzminister Barry Moussa Barqué durch Entwicklungshilfe Frankreichs und Japans gedeckt werden.

Eine im Dezember im Parlament eingebrachte Gesetzesinitiative sollte den Schutz vor den traditionell tief verankerten und daher schwer ausrottbaren Praktiken der **Körperverstümmelung** durch Beschneidung von jungen Mädchen (FGM) gewährleisten, die noch von ca. 12% der Bevölkerung, besonders im Norden, praktiziert werden. Allerdings fehltem dem Staat die Mittel und der Wille, diesen Schutz effektiv umzusetzen. Verstärkt durch den wirtschaftlichen Niedergang und zunehmende sozioökonomische Differenzierung ab Anfang der 1990er Jahre gab es in Togo einen vorgeblich an tradierte Formen der Patronage anknüpfenden **Kinderhandel**, insbesondere von Mädchen, die ins Ausland (insbesondere über Benin und Nigeria nach Gabun, den Mittleren Osten und Asien) verkauft werden, wo sie einen sklavenähnlichen Status haben oder zur Prostitution gezwungen werden. Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie der NRO *WAO-Afrique* waren besonders die Präfekturen Vo, Yoto, Zio und Kloto im Süden und Tchaoudjo sowie Assoli im Norden vom Mädchenhandel betroffen, der insbesondere für arme Familien eine neue Einkommensquelle (10 - 20.000 F CFA pro Mädchen) versprach.

Dirk Kohnert

Chronologie Togo 1997

- 23.2. Verfassungsgerichtshof (am 03.12.96 per Gesetz bei Stimmenthaltung der Opposition verabschiedet) eingesetzt
- 17.3. Sondergipfeltreffen der OAU in Lomé zur Beilegung des zairischen Bürgerkriegs
- 14.8. Kommission zum Schutz der Menschenrechte (gegen die Stimmen der Opposition hinsichtlich deren Zusammensetzung am 13.11.96 per Gesetz verabschiedet) eingesetzt
- Mitte Sept. Revidiertes Wahlgesetz bei Stimmenthaltung der Opposition verabschiedet
- 3.10. Togo wird Vollmitglied in der Organisation der Islamischen Konferenz (OCI)
- 25.10. EU-AKP-Parlamentarierkonferenz in Lomé
- 13.11. Hoher Medienrat (gegen Stimmen der Opposition am 13.7.96 per Gesetz verabschiedet) eingesetzt
- 20.11. Europäisches Parlament macht vollständige Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe von transparenten Präsidentschaftswahlen 1998 abhängig